



## Liebe Freunde,

Ich hoffe sehr, dass es Euch, Euren Angehörigen, sowie Freundinnen und Freunden gut geht. Unsere allerhöchste Priorität muss es jetzt sein, die Ausbreitung des Corona-Virus zu verlangsamen und damit Zeit zu gewinnen. Das kann uns nur gemeinsam gelingen. Daher bitte ich alle, haltet Euch an die vorgegebenen Verhaltensregeln und achtet auf die älteren Menschen, die unsere Hilfe benötigen.

Ich weiß, welche eine große Belastung die Einschränkungen für jeden Einzelnen bedeuten. Kitas und Schulen sind geschlossen. Wir können unsere Eltern und Großeltern nicht besuchen, weder in ihren Wohnungen noch in den Krankenhäusern und Pflegeheimen. Außerdem bangen viele Bürgerinnen und Bürger um ihre Arbeitsplätze.

Deshalb haben die Bundesregierung und die Regierungen der Bundesländer zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Die sollen dafür sorgen, dass niemand während der Krise Not leiden muss. Die Botschaft ist eindeutig: Wir werden alles tun, um die gesundheitlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie so gering wie möglich zu halten.

**Bleibt gesund!**

**Euer  
Markus Paschke**

## Corona-Krise: Solidarität ist gefragt

Die Corona-Krise beherrscht unseren Alltag. Wir müssen die jetzige Situation ernst nehmen und die derzeitigen Einschränkungen annehmen. Aber wir sollten gerade jetzt nicht nur auf uns schauen, sondern auch Menschen um uns herum im Blick haben. Wir können alle etwas tun, im Rahmen unserer Möglichkeiten. So können wir zum Beispiel für ältere Nachbarn einkaufen und ihnen die Ware vor die Tür stellen. Manchmal ist es ein Anruf, der Freude macht und so auch schon eine Hilfe ist. Es mag paradox klingen, aber in einer Zeit, in der Abstand der beste Schutz ist, müssen wir alle zusammenstehen.

Und es ist Zeit, den Schwächeren in unserer Gesellschaft unter die Arme zu greifen. Aber zu sehen, dass Menschen Lebensmittel zu Hause horten, während die Ärmsten der Armen aufgrund dieses Verhaltens zu wenig haben, das finde ich unbegreiflich und absolut unnötig! Die

Versorgung mit Lebensmitteln und Drogerieartikeln ist in Deutschland gesichert, das ist keine Frage!

Einige Tafeln in unserer Region können ihren Dienst nicht mehr aufrechterhalten. Es fehlt ihnen wegen der Hamsterkäufe vieler Bürgerinnen und Bürger an Material und auch an Personal. Einerseits sind deren ehrenamtlich Mitarbeitende meistens im Rentenalter, und andererseits gehören viele Rentnerinnen und Rentner auch zu den Kunden der Tafeln. Deshalb sollte sich jeder fragen: Was kann ich für die Tafeln vor Ort tun, damit eine solche Situation abgefedert werden kann?

Jetzt ist gesellschaftliche Solidarität gefragt. Und die darf nicht in den Dienstbüros der unteren Etagen oder in den Werkshallen der Unternehmen enden. Auch Manager großer Unternehmen sollten freiwillig auf ihre millionenschweren Bonuszahlungen verzichten.

## INHALT

<i>Rückholaktion</i> .....	<b>2</b>	<i>Paschke zu Auslandseinsätzen</i> ...	<b>8</b>
<i>Brief an Prosenis-Mitarbeiter</i> ..	<b>2</b>	<i>Im Wahlkreis unterwegs</i> .....	<b>9</b>
<i>Portrait: Annika Brandt</i> .....	<b>3</b>	<i>Bürgertreff in Papenburg</i> .....	<b>10</b>
<i>Interview Kurzarbeitergeld</i> .....	<b>4</b>	<i>Kritik an Adidas &amp; Co.</i> ....	<b>11</b>
<i>Corona-Schutzschild</i> .....	<b>5</b>	<i>Kurzarbeitergeld aufstocken</i> ..	<b>11</b>
<i>Zur Flüchtlingssituation</i> .....	<b>7</b>	<i>Hilfe für Sozialwirtschaft</i> .....	<b>12</b>

# Rückholaktion von Ehepaar: Paschke schaltet Ministerium ein

**Leer** – Der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Paschke hat sich dafür eingesetzt, dass ein Ehepaar aus dem Raum Hamburg und deren Kleinkind von Lanzarote ausgeflogen werden konnten. Am Freitag, 20. März, hatte sich ein Freund des

Ehepaars an das Büro des Abgeordneten gewandt. Bekannte würden in ihrem Urlaubsort auf Lanzarote festsitzen. Die Leitung eines Inselhotels habe die Deutschen aufgefordert, das Hotel zu verlassen, so der Anrufer.

Alle Versuche der Norddeutschen, einen Rückflug zu buchen, waren fehlgeschlagen. Deshalb hatte sich Markus Paschke gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen, in dessen Wahlkreis das Ehepaar wohnt, an den Staatsminister im Auswärtigen Amt (AA) gewandt. Der hatte umgehend Kontakt mit dem Konsulat auf Lanzarote aufgenommen. Bereits wenige Stunden später wurde das Ehepaar darüber informiert, dass sie noch am nächsten Tag nach Deutschland zurückkehren können. In diesem Zusammenhang erinnert

Markus Paschke noch einmal an die vor Wochen von Außenminister Heiko Maas (SPD) gestartete Rückholaktion für im Ausland „gestrandete“ Urlauber. Verwandte und Freunde von Betroffenen sollten, so der Abgeordnete, Urlauber, die sich noch im Ausland befinden, auf diese Aktion hinweisen.

Detaillierte Informationen über diese einmalige Aktion gibt es auf folgenden Webseiten:  
[auswaertiges-amt.de](http://auswaertiges-amt.de)  
[rueckholprogramm.de](http://rueckholprogramm.de)  
[elefand.diplo.de](http://elefand.diplo.de)

Der Webseite des Auswärtigen Amtes ist außerdem zu entnehmen, für welche Länder derzeit eine Rückholaktion organisiert wird. Diese Liste wird bei Bedarf aktualisiert.

Zusätzlich ist der Krisenpool des Auswärtigen Amtes täglich – auch an den Wochenenden – von **8 bis 20 Uhr** unter der **Rufnummer 030 5000 3000** erreichbar.

Markus Paschke weist darauf hin, dass wegen zahlreicher Anfragen es zu Wartezeiten kommen kann.

## Solidaritätsbrief an die Beschäftigten der Prosenis GmbH in Leer:

*Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, im Jahr 2014 habe ich mich dafür eingesetzt, dass zwischen der Prosenis GmbH und der Gewerkschaft Verdi ein Tarifvertrag abgeschlossen werden konnte. Der damalige Weg zum Tarifvertrag war sehr positiv, zwar kurz vor dem Abschluss etwas steinig, am Ende jedoch erfolgreich. Geschäftsleitung und Verdi haben mit dem Tarifvertrag höhere und einheitliche Löhne und bessere Arbeitsbedingungen vereinbart.*

*Mit Bedauern muss ich nun feststellen, dass das damals Vereinbarte von der Prosenis-Geschäftsführung verschleppt wird. Diese Taktik kann so nicht hingenommen werden. Ich fordere deshalb die Geschäftsführung der Prosenis GmbH auf, die Vereinbarungen umzusetzen und das Entgeltniveau einzuhalten. Leider kann ich aus Termingründen an der heutigen Demonstration nicht teilnehmen. Aber natürlich unterstütze ich das Anliegen der Beschäftigten.*

*Seit Jahren ist die Pflege eine der zentralen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben unserer Zeit. Deshalb fordere ich die Geschäftsleitung der Prosenis GmbH auf, ihrer Verantwortung gegenüber den Pflegekräften gerecht zu werden. Nur so kann man die Qualität in der Pflege sicherstellen. Denn nur gute Arbeitsbedingungen und ein gerechter Lohn können gegen den allseits beklagten Fachkräftemangel in der Pflege helfen. Deshalb 100 Prozent jetzt!*

Markus Paschke MdB

# Corona-Krise: Herausfordernde Zeiten für berufstätige Eltern

**Berlin** – Familie und die Leitung des Büros eines Bundestagsabgeordneten. Wie ist das alles zeitlich unter einen Hut zu bekommen?

Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ist das in Zeiten der Corona-Pandemie eigentlich möglich?

Moin! Mein Name ist Annika Brandt, und ich bin in Berlin die Büroleiterin im Team von Markus Paschke. Ich lebe mit meiner Familie in Berlin, habe aber schon während meines Studiums in Oldenburg und bei Ferienjobs auf Juist Ostfriesland kennen und lieben gelernt. Ostfriesentee und Kluntje dürfen auch in meinem Berliner Vorratsschrank nicht fehlen. So habe ich, wenn ich auch nicht aus der Gegend stamme, eine besondere Verbindung zu „unserem“ Wahlkreis. Und das ist ganz wichtig für die Arbeit im Bundestagsbüro: Dass man die Strukturen kennt und sich reindenken kann in die Bedingungen vor Ort. Zum Glück habe ich sehr nette Kollegen, sowohl in Berlin als auch im Wahlkreis, mit denen ich mich austauschen kann.

Als echter Sozialdemokrat steht Markus Paschke als Chef für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und das ist für mich, die die Betreuung der Kinder mit dem Vater möglichst gerecht aufteilt, ein echter Segen. Neben der Arbeit im Bundestag engagiere ich mich in der Elternarbeit der Grundschule meiner beiden jüngsten Kinder. Mein ältester Sohn macht in diesem Jahr sein Abitur. Tja, und da sind wir auch schon mittendrin in meinem Leben: Als Büroleiterin versuche ich möglichst

alle Fäden in der Hand zu halten, habe ein offenes Ohr für Bürgeranfragen, Besuchergruppen, halte Rücksprachen mit meinen Kollegen und versuche, Markus Paschke gut vorbereitet durch die meist mit Terminen bis obenhin vollgepackten Sitzungswochen zu geleiten. Ich



Annika Brandt leitet seit November 2019 das Berliner Büro des Bundestagsabgeordneten Markus Paschke.

*Bild: privat*

bin gut organisiert und versuche immer gute Laune zu behalten, egal wie groß das Chaos gerade ist. Und genau so läuft es auch in meinem Familienleben! Viele Leute fragen mich, wie das jetzt, in Zeiten der Corona-Pandemie, läuft: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, geht das überhaupt noch? Alle berufstätigen Eltern kennen das. Momentan versuchen wir die Quadratur des Kreises unter erschwerten Bedingungen. Ich arbeite derzeit im Home Office, wechsele mich mit der Anwesen-

heit im Büro mit meinem Kollegen Merlin Bähr ab. Ich fahre sehr gern Fahrrad, sodass ich glücklicherweise in diesen Zeiten auf öffentliche Verkehrsmittel verzichten kann. Berlin ist leise geworden, ganz und gar ungewöhnlich für diese quirliche Stadt. Auch im Bundestag sind die Gänge

leerer als sonst. Zum Glück können viele von zu Hause aus arbeiten. Das ist schon eine sehr gute Sache, gerade für uns Eltern.

Immer haben möchte ich das aber nicht. Mir fehlt der direkte Austausch mit Genossinnen und Genossen, der so genannte „Flurfunk“ unter Kollegen. Das Arbeiten im Team. Zu Hause habe ich dann nicht nur meine Arbeit am Laptop und Handy, sondern auch die Kinder, die von ihren Lehrerinnen per Email wöchentlich mit Lernstoff

versorgt werden. So müssen wir Eltern uns nicht nur um die Versorgung und Erziehung unserer Kinder kümmern, sondern sind momentan noch Hauslehrkräfte. Dazu zählt auch der Sportunterricht. Gottseidank haben wir einen Garten ganz in der Nähe unserer Berliner Wohnung. Da können die Kinder auf dem Trampolin toben. Ich sitze daneben, arbeite, das Laptop auf den Knien.

**Seid bitte achtsam miteinander und haltet Abstand!**

# Kurzarbeitergeld: Interview mit Marlene Marks

*Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will Lohnausfälle durch Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise möglichst gering halten. Wie sieht das in der Praxis aus? Ich habe mich einmal mit Marlene Marks, Geschäftsführerin von Kids-*

*Förderung“ aus Ostrhauderfehn, die mich um Rat gefragt hatte, unterhalten. Im nachfolgenden Interview berichtet Marlene Marks von ihren Erfahrungen im Zusammenhang mit der Antragstellung von Kurzarbeitergeld.*

**Was war der Grund, warum Sie Kurzarbeitergeld beantragt haben?**

**Marlene Marks:** Aufgrund der Schließung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen ab dem 16. März 2020, durften meine Mitarbeiterinnen nicht mehr arbeiten. Da wir als Schulbegleiter in Schulen arbeiten, ist somit zu 100 Prozent dieser Bereich betroffen.

**Wie haben Sie das Verfahren eingeleitet?**

**Marks:** Ich habe mich bei der Industrie- und Handelskammer informiert, welche Möglichkeiten ich habe. Die IHK hat mir die Kontaktdaten der Agentur für Arbeit durchgegeben. Am 16. März gab es dann eine Betriebsversammlung, in der ich meine Mitarbeiter über die Kurzarbeit informiert habe. Da ich ein sehr tolles Team habe, halten wir in dieser schweren Zeit zusammen. Alle haben zugestimmt.

**Wie schnell hat man bei der Agentur für Arbeit auf Ihre Anfragen reagiert?**

**Marks:** Ich bin sofort telefonisch bei einer Mitarbeiterin der Agentur für Arbeit durchgekommen. Diese



Marlene Marks aus Ostrhauderfehn.

Bild: privat

hat mich umfangreich informiert und mitgeteilt, dass es noch zu Änderungen durch den Bundestag kommen könnte, die das Antragsverfahren erleichtern sollen. Ich möchte dem Bundestagsabgeordneten Markus Paschke danken, dass er einer der derjenigen war, der sich für mich und mein Unternehmen eingesetzt hat.

**Ist die Beantragung des Kurzarbeitergeldes sehr bürokratisch organisiert? Mussten Sie viele Dokumente ausfüllen?**

**Marks:** Überhaupt nicht. Die Sachbearbeiterin gab mir den Tipp, alles auf Google „Kug 101“ auszufüllen

und an die Arbeitsagentur zu senden. Der ganze Antrag umfasst lediglich zwei Seiten.

**Welchen Rat können Sie Antragstellern von Kurzarbeit geben?**

**Marks:** Am besten den Antrag herunterladen, ausfüllen und der Agentur für Arbeit übermitteln. Damit liegt der Antrag vor und kann zügig bearbeitet werden.



MdB Markus Paschke.

Bild: Inga Haar

# Hilfe für Beschäftigte, Familien, Selbständige und Unternehmen

**Berlin** – Die Bundesregierung hat weitreichende Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, die

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Arbeitsplätze und Wirtschaft zu begrenzen und Menschen vor sozialen Notlagen zu bewahren.

„Jeder Arbeitsplatz, der in dieser Krise verloren geht, und jeder Betrieb, der bankrottgeht, ist einer zu viel“, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Paschke. Mit einem milliardenschweren Maßnahmenpaket werden deshalb Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Familien mit Kindern, Mieterinnen und Mieter, Freiberufler, Solo-Selbständige, Kleinbetriebe, mittelständische und große Unternehmen sowie Krankenhäuser unterstützt.

## Die Maßnahmen sind im Einzelnen:

Zur Sicherung von Arbeitsplätzen wurde ein Schutzschirm gespannt. Wenn Unternehmen Arbeitsausfälle haben, können sie jetzt leichter Kurzarbeitergeld beantragen, statt die Beschäftigten zu entlassen.

Auf Veranlassung von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) kann Kurzarbeitergeld bereits gezahlt werden, wenn zehn Prozent der Beschäftigten eines Betriebes von Arbeitsausfall betroffen sind – und nicht wie sonst ein Drittel. Und anders als bisher wird in Betrieben teilweise oder vollständig auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden verzichtet. Erstmals kann Kurzarbeitergeld auch für Beschäftigte in Leiharbeit gezahlt werden. Die Bundesagentur für Arbeit erstattet die

Sozialversicherungsbeiträge komplett. Außerdem wurde geregelt, dass Beschäftigte in Kurzarbeit in Bereichen aushelfen können, die notwendig sind, um die Infrastruk-

Eltern Kinder unter 12 Jahren zu betreuen haben, weil eine Betreuung anderweitig nicht sichergestellt werden kann, und Gleitzeit- bzw. Überstundenguthaben sowie Urlaub

ausgeschöpft sind, erhalten sie weiter Geld vom Arbeitgeber, das diesem wiederum in Höhe des Kurzarbeitergeldes (in der Regel 67 Prozent des Bruttoeinkommens) von den zuständigen Behörden ersetzt wird.

Der Zugang zum Kinderzuschlag wird vereinfacht, um Familien schnell zu helfen, die wegen der Krise Einkommensausfälle haben. Mit dem Kinderzuschlag werden Familien unterstützt, wenn das Einkommen zwar für den eigenen Lebensunterhalt, aber nicht für den der gesamten Familie

reicht. Bei Neuanträgen wird nun vorübergehend nur das letzte Monatseinkommen geprüft – statt wie sonst das Einkommen der vergangenen sechs Monate.



tur und Versorgung aufrechtzuerhalten. Zuverdienste werden bis zur Höhe des vorherigen Einkommens gestattet. Das Kurzarbeitergeld kann rückwirkend zum 1. März ausbezahlt werden.

## Hilfen für Eltern und Familien

Wer wegen Schul- oder Kitaschließung seine Kinder betreuen muss und nicht zur Arbeit kann, wird gegen übermäßige Einkommenseinbußen abgesichert. Das soll im Infektionsschutzgesetz geregelt werden. Es ist befristet bis zum Ende der Schulschließungen, längstens für sechs Wochen. Wenn erwerbstätige

## Stabilisierung von Unternehmen

Um die Volkswirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu sichern, wird ein Wirtschaftsstabilisierungsfonds errichtet. Die Maßnahmen ergänzen die bereits geplanten Sonderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Der Fonds umfasst mehrere Instrumente. So soll ein Garantierahmen von 400 Milliarden Euro Unternehmen dabei helfen, sich am Kapitalmarkt zu refinanzieren. 100 Milliarden Euro sind für Rekapitalisierungs-Maßnahmen zur Kapitalstärkung vorgesehen, um die Solvenz von Unternehmen sicherzustellen. Die Rekapitalisierung kann an konkrete Bedingungen geknüpft

und Kleinunternehmen durch Soforthilfen unterstützt. Um deren wirtschaftliche Existenz zu sichern, erhalten sie eine finanzielle Soforthilfe, wenn sie infolge der Corona-Krise in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Die Soforthilfe beträgt bis zu 9.000 Euro Einmalzahlung für drei Monate bei bis zu fünf Beschäftigten. Bei bis zu zehn Beschäftigten sind es bis zu 15.000

und Verbraucher ebenso wie für Kleinunternehmen.

So wird für Mietverhältnisse das Recht der Vermieter zur Kündigung von Mietverhältnissen eingeschränkt. Dies gilt sowohl für Wohn- als auch für Gewerberaummietverträge. Wegen Mietschulden aus dem Zeitraum vom 1. April 2020 bis 30. Juni 2020 dürfen Vermieter das Mietverhältnis nicht kündigen, sofern die Mietschulden auf den Auswirkungen der Corona-Pandemie beruhen. Die Verpflichtung der Mieter zur Zahlung der Miete bleibt aber bestehen.

### Vereinfachter Zugang zur Grundsicherung

Menschen, denen durch die jetzige Krise allmählich das Einkommen oder die wirtschaftliche Existenz wegbricht, sollen mit ihren Familien nicht fürchten müssen, mittellos dazustehen. Deswegen wird der Zugang zu Leistungen der Grundsicherung vereinfacht.

Wer zwischen dem 1. März und dem 30. Juni 2020 einen Antrag auf Leistungen der Grundsicherung stellt und dabei erklärt, über kein erhebliches Vermögen zu verfügen, erhält SGB-II-Leistungen (u. a. ALG II). Erst nach dem Ablauf von sechs Monaten gelten wieder die üblichen Vorschriften.

Auch Folgeanträge werden unbürokratisch für sechs Monate weiterbewilligt. Außerdem werden die Ausgaben für Wohnung und Heizung in den ersten zwölf Monaten des Grundsicherungsbezugs in tatsächlicher Höhe anerkannt.

Niemand, der zwischen dem 1. März und dem 30. Juni 2020 einen Antrag auf Grundsicherung stellt, soll deswegen umziehen müssen.



Die SPD-Abgeordneten aus der Landesgruppe Niedersachsens Bremen (von links): Dennis Rohde (Wahlkreis Oldenburg/Ammerland), Siemtje Möller (Wilhelmshaven/Friesland/Wittmund), Johann Saathoff (Aurich /Emden), Susanne Mittag (Delmenhorst/Wesermarsch/Oldenburg Land), Markus Paschke (Unterems) und Rainer Spiering (Osnabrück Land). Bild: SPD

werden. Mit Krediten von bis zu 100 Milliarden Euro sollen die KfW-Sonderprogramme refinanziert werden.

Um gerade auch kleinere und mittelständische Unternehmen dabei zu unterstützen, liquide zu bleiben und Arbeitsplätze zu erhalten, wurden bereits mehrere Maßnahmen beschlossen. So wird es Unternehmen ermöglicht, ihre Steuerschulden erst später zu bezahlen und Steuervorauszahlungen zu senken.

### Soforthilfen für Solo-Selbständige und Kleinunternehmen

Nicht zuletzt auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion werden auch Solo-Selbständige, Freiberufler

Euro. Die Abwicklung soll elektronisch über die Länder oder Kommunen erfolgen. Das Programm hat ein Volumen von 50 Milliarden Euro.

### Schutz von Mieterinnen und Mietern

Niemand soll wegen der Corona-Krise seine Wohnung verlieren, niemandem soll wegen krisenbedingter Zahlungsschwierigkeiten der Strom oder das Gas abgestellt werden. Wer wegen der Corona-Krise Schwierigkeiten bekommt, die Miete oder Leistungen der Grundversorgung wie Strom oder Gas zu bezahlen, bekommt einen Aufschub gewährt. Das gilt für private Verbraucherinnen

## „Die Zustände sind menschenunwürdig“

**Markus Paschke zur Situation der Flüchtlinge auf den griechischen Inseln und in Idlib:**

„Die derzeitigen Zustände in den Aufnahmeeinrichtungen auf den griechischen Inseln sind menschenunwürdig und nicht tragbar. Den geflüchteten Menschen muss sofort geholfen werden. Es ist für mich nicht akzeptabel, wenn die Türkei und andere Staaten die Situation von Geflüchteten benutzen, um politische Forderungen durchzusetzen.

Aus diesem Grund haben wir mit dem Koalitionspartner vereinbart, 1.000 bis 1.500 Kinder aus den überfüllten griechischen Lagern aufzunehmen. Weitere konkrete Maßnahmen dieser Art müssen folgen.

Grundsätzlich brauchen wir in dieser Situation vor allem eine gemeinsame europäische Vorgehensweise. Es ist untragbar, dass vor allem Kinder, Ältere und Kranke unter den derzeitigen Bedingungen leiden. Einige Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben bereits ihre sofortige Hilfe angeboten. Es ist nun an der Bundesregierung zusammen mit Frankreich, Spanien und Portugal eine schnelle und unkomplizierte Aufnahme von geflüchteten Menschen in die Wege zu leiten, auch um die Griechen zu entlasten.

Vor dem Hintergrund der andauernden Kämpfe in Idlib müssen wir schnell handeln, denn weitere Menschen werden zur Flucht gezwungen sein. Wir brauchen vor allem eine dauerhafte Waffenruhe in den Krisengebieten. Die gezielten Bombardierungen von Kindergärten und Krankenhäusern seitens des syrischen Präsidenten al-Assad –

mit russischer Unterstützung – sind nicht akzeptable Kriegsverbrechen. Wir können das sinnlose und grausame Töten nicht weiter tatenlos akzeptieren. Aber auch die Türkei ist Teil des Problems. Durch ihren Einmarsch in Syrien und die Unterstützung islamistischer Gruppierungen hat sie dazu beigetragen, die Situation weiter zu eskalieren.

Das Engagement unserer Städte, Kommunen und Länder zeigt vor allem eines: Es gibt in unserer Ge-

**„Wir brauchen eine Neuausrichtung der europäischen Flüchtlingspolitik“**

sellschaft eine Bereitschaft schutzsuchenden Menschen zu helfen. Als Niedersachsen stehe ich ausdrücklich hinter den Bemühungen von Innenminister Boris Pistorius, der sich für die Aufnahme minderjähriger Geflüchteter stark gemacht hat. Hier liegt das Augenmerk der SPD-Bundestagsfraktion vor allem auf der Familienzusammenführung nach den Regelungen der Dublin III-Verordnung. Bundesinnenminister Seehofer muss schnellstens für eine unbürokratische Lösung Sorge tragen und die Aufnahme von geflüchteten Menschen nach Deutschland ermöglichen.

Die aktuelle Lage zeigt vor allem eines sehr deutlich: Wir brauchen eine fundamentale Neuausrichtung der europäischen Flüchtlingspolitik! Mit diesen ersten Schritten kann

zur Verbesserung der schlechten humanitären Lage vor Ort beigetragen werden – mittel- und langfristig wollen wir aber auch erreichen, dass sich alle Mitgliedstaaten der EU an einer solidarischen Lösung der Situation beteiligen. Die EU muss sich in dieser Zeit insbesondere als Wertegemeinschaft beweisen – wir brauchen eine sofortige Hilfe für die Menschen in Not, und darüber hinaus müssen wir das europäische Asylsystem reformieren und über wirtschaftliche Interessen hinaus zusammenarbeiten.

Es darf einfach nicht sein, dass beispielsweise Mitgliedsstaaten wie Ungarn und Polen die vielen Privilegien der EU genießen, ohne sich an der Aufnahme von Geflüchteten zu beteiligen. Seit 1992 steht in Artikel 2 des EU-Vertrags: Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der

Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.

In Zukunft wird sich Europa an eben diesen Grundsätzen messen lassen müssen. Als Europäerinnen und Europäer dürfen wir das Leid an unseren Grenzen nicht weiter ignorieren. Es ist an der Zeit für unsere Ideale einzustehen und denen, die Schutz suchen, auch Schutz zu bieten. Neben der Asylpolitik muss das auch in unserer zukünftigen Außenpolitik eine besondere Rolle spielen. Deutschland und die Europäische Union müssen hier selbstbewusster auftreten und für Frieden, Freiheit und demokratische Grundwerte in der ganzen Welt eintreten.“

# Nein zu Auslandseinsätzen bewaffneter deutscher Streitkräfte

**Persönliche Erklärung von Markus Paschke zu seinem Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag:**

„Die Entscheidung über Auslandseinsätze der Bundeswehr gehört zu den schwierigsten Entscheidungen, die Abgeordnete des Deutschen Bundestages zu treffen haben. Seit dem Beginn des militärischen Einsatzes in Afghanistan halte ich eine deutsche Beteiligung für falsch.

Der Irak, Libyen und besonders Afghanistan zeigen deutlich, dass mit militärischen Mitteln kein Unrechtsregime beseitigt werden kann. Die Zivilbevölkerung leidet am stärksten unter dem folgenden jahrelangen Terror und sich gegenseitig immer weiter aufschaukelnden Gewaltwellen. Vor allem: Es ist kein nachhaltiger Erfolg des Nato-Einsatzes in Afghanistan in Sicht.

Seit nunmehr 19 Jahren dauert der Einsatz und auch nach diesem Zeitraum sind für mich kaum positive Folgen erkennbar. Nach wie vor ist für mich die angestrebte Friedensperspektive nicht ersichtlich. Im Gegenteil: Die Sicherheitslage ist weiterhin besorgniserregend. Das haben zahlreiche Vorfälle in den letzten Monaten bewiesen.

Afghanistan wird beherrscht vom Terror der Taliban und von Korruption. Trotz Einsätzen der Bundeswehr, die die Rückkehr von Terroristen in das Land verhindern sollten, gibt es beinahe täglich neue Anschläge mit Toten und Verletzten.

Afghanische Dolmetscher und andere Unterstützer werden im eigenen Land mit dem Tod bedroht, weil sie neben deutschen auch anderen Streitkräften helfen. Ich halte es für unhaltbar, dass diese Menschen in dieser akuten Bedrohung allein gelas-

lich: Die Wahrnehmung der Soldaten unterscheidet sich häufig von den offiziellen Verlautbarungen.

Ich begrüße die internationalen Bemühungen zum zivilen Aufbau des Landes sehr, aber eine Befriedung Afghanistans ist meiner Auffassung nach nicht mit militärischen Mitteln zu erreichen. Die bisherige Ausbildung von Polizei und Armee in Afghanistan hat nicht zu einer nachhaltig besseren Sicherheitslage im gesamten Land geführt. Schwerpunkt des Handelns muss eine Versöhnungstheorie sein. Nach meinem Eindruck werden derzeitige Machtstrukturen durch unseren Militäreinsatz nicht motiviert, die Versöhnung der verschiedenen Stämme und Akteure aktiv voranzutreiben. Das Gegenteil ist der Fall. Auch nach 19 Jahren sehe ich keine nachvollziehbare Exit-Strategie für den deutschen Einsatz.



Markus Paschke hat im Bundestag gegen den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Ausland gestimmt.

Bild: Achim Melde

sen werden und ihnen teilweise nicht einmal Asyl in unserem Land gewährt wird. Und auch für unsere Soldatinnen und Soldaten sind die Einsätze in Afghanistan eine hohe Belastung. Aus zahlreichen persönlichen Berichten und Gesprächen weiß ich, dass diese Belastung oft zu schwerwiegenden persönlichen Problemen, beispielsweise bei der psychischen Verarbeitung des Erlebten, führt. Mir wird dabei immer wieder deut-

**Hinweis:** Auch bei der Abstimmung über den Antrag der Bundesregierung, Ergänzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte, Stabilisierung sichern, Wiedererstarkten IS verhindern, Versöhnung fördern in Irak und Syrien – hätte ich mit **NEIN** gestimmt.

**Deshalb stimme ich beim vorliegenden Antrag mit NEIN!**



## Im Wahlkreis unterwegs

*Mitte Februar konnte der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Paschke noch Termine im Wahlkreis wahrnehmen. Hier ein kleiner Überblick über Besuche und Veranstaltungen in Twist, Papenburg und in der Gemeinde Uplengen.*



*Eine Besichtigung des Erdölmuseums in Twist gehörte im Februar zum Besuchsprogramm des Abgeordneten im Emsland. Museumsleiter Rudi Gaidosch führte Markus Paschke durch die Ausstellung.*



*Nach seinem Einzug in den Deutschen Bundestag stand für Markus Paschke ein Antrittsbesuch bei Bürgermeisterin Petra Lübbers in Twist an. Begleitet wurde der Abgeordnete von Rudi Gaidosch, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Twist.*



*Langjährige Mitgliedschaft: Sieglinde Jamke (2. von links) wurde für zehnjährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt. Jakobus Welsch (4. von links) ist 20 Jahre in der Partei. Es gratulierten Anja Troff-Schaffarzyk (Vorsitzende des Leeraner SPD-Kreisverbandes), Landrat Matthias Groote, Hermann Koenen (Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion) und Markus Paschke (von links).*



*Empfang des SPD-Gemeindeverbandes Uplengen in der Alten Schmiede in Hollen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Paschke sprach in seiner Begrüßungsrede vor zahlreichen Gästen den Rechtsruck im Parlament und den aufkommenden Rassismus in der Gesellschaft an.*

# Bürgertreff in Papenburg: Paschke zum Rechtsruck im Parlament

**Papenburg** – Der SPD-Ortsverein Papenburg hatte den SPD-Bundestagsabgeordneten Markus Paschke zu seinem Bürgertreff eingeladen. Zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Genos-

sinnen und Genossen konnten sich ein Bild über seine Arbeit im Parlament machen und mit dem Abgeordneten über den Rechtsruck im Bundestag ins Gespräch kommen.



Der stellvertretende Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Papenburg, Bastian Schenk (von links), Markus Paschke und die OV-Vorsitzende Vanessa Gattung nach dem Bürgertreff des SPD-Ortsvereins.

*Bild: SPD*

Das Klima im Bundestag habe sich seit dem Einzug der AfD verändert, sagte Markus Paschke. Vor allem in den Redebeiträgen der AfD-Abgeordneten werde eines ganz deutlich: „Die AfD will unsere Gesellschaft spalten!“, so Paschke. „Egal um welches Thema es geht, sie lassen keine Gelegenheit aus, um gegen Flüchtlinge oder auch andere Bevölkerungsgruppen zu hetzen.“

Auch den Willen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit im Parlament suche man bei der selbsternannten Alternative für Deutschland vergebens. Während sie im Plenum häufig mit Provokationen auffallen, so seien sie in den nicht öffentli-

chen Ausschüssen – also dort, wo Gesetzesvorlagen inhaltlich beraten werden – eher selten anzutreffen.

Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger zeigten sich besorgt: „Noch nie habe ich mit so viel Angst nach Berlin geschaut. Der Aufschwung der AfD weist Ähnlichkeiten zur Weimarer Republik auf“, so ein Gast der Veranstaltung. Zwei Stunden lang diskutierten die Bürgerinnen und Bürger

angeregt mit Paschke. Besonders die Frage zum Umgang mit dem Rechtsruck in Deutschland nahm einen breiten Raum ein. „Was tun, wenn plötzlich in der eigenen Familie oder im Freundes- und Bekanntenkreis rechte Parolen geäußert werden?“, so ein anderer Gast.

„Leider fühlen sich viele Menschen von der Politik abgehängt oder auch missverstanden. Wir müssen sie nun dort abholen, wo man sie auf dem Weg vergessen hat. Mit Gesprächen auf Augenhöhe und echter transparenter Politik müssen wir daran arbeiten, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wiederzugewinnen“, erläuterte Vanessa Gattung, Vorsitzende des SPD Ortsvereins Papenburg.

Markus Paschke machte zum Schluss der Veranstaltung deutlich, dass man nicht aufhören dürfe, seine Stimme gegen die „geistigen Brandstifter“ von AfD und Co. zu

erheben.

„Eine Partei, die wissentlich Rassisten und Rassistinnen sowie Faschisten und Faschistinnen zur Wahl stellt, hat absolut nichts in einem

politischen Gremium zu suchen“, so der SPD-Parlamentarier.

**„Die AfD will unsere  
Gesellschaft spalten“**

Markus Paschke

## „Unanständig und skandalös“

**Leer/Papenburg** – Der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Paschke hält die Ankündigungen der Konzernchefs von Adidas, H&M, Deichmann sowie

Media-Markt, Saturn und anderen Unternehmen, man werde aufgrund der Corona-Krise Mietzahlungen einbehalten, für skandalös.

Die Konzerne berufen sich dabei auf das kürzlich vom Bundestag verabschiedete Gesetz, nachdem Vermieter ihren Mietern, sollten diese nachweisen können, dass die Nichtleistung auf den Auswirkungen der Corona-Krise beruhen, die Zahlungen aussetzen können.

„Adidas, Deichmann und Co handeln grob rechtswidrig“, kritisiert Paschke. Ein Welt-Unternehmen wie Adidas, das im vergangenen Jahr rund 22 Milliarden Umsatz erwirtschaftet habe, sei sicherlich in der

Lage, die Mieten für ihre Läden zu bezahlen.

„Dieses Vorgehen der Konzerne ist einfach unanständig“, so Paschke. Selbstverständlich seien Adidas und Co. verpflichtet, ihre Mieten weiter zu bezahlen. „Wir haben einen Schutzschirm für ArbeitnehmerInnen und Gewerbetreibende aufgespannt, die aufgrund der Corona-Pandemie ihr Einkommen verloren haben. Das ist kein Gesetz zur Bereicherung großer Konzerne und von Aktionären“, sagt Paschke.

Auch die Aussage eines Deichmann-Sprechers, es handle sich „um eine präventive Maßnahme, um die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit des Unternehmens zu erhalten“, sei eine Frechheit gegenüber den vielen kleinen und mittleren Unternehmen.

„Ich bin der festen Auffassung, dass wir im Bundestag diesen Missbrauch sanktionieren müssen“, sagt Markus Paschke.

## Kurzarbeitergeld aufstocken

**Leer/Papenburg** – Die Ausbreitung des Corona-Virus stellt Wirtschaft und Arbeitsmarkt vor große Herausforderungen.

Um Unternehmen darin zu unterstützen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiter zu beschäf-

tigen, hat Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) den Zugang zum Kurzarbeitergeld rückwirkend zum 1. März erleichtert. So wurde ein Schutzschirm gespannt, um Arbeitsplätze zu erhalten und Entlassungen zu vermeiden.

Natürlich können die getroffenen Maßnahmen (siehe Seiten 5 und 6) nur ein erster Schritt sein. „Ich erwarte allerdings auch, dass Unternehmerinnen und Unternehmer mit großen Privatvermögen dieses auch zum Teil zur Bewältigung der Krise für ihre Betriebe einsetzen. Die finanzielle Belastung darf nicht einseitig bei den Beschäftigten liegen“, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Paschke.

In der aktuellen Situation sollten alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber daran denken, dass es auch eine

Zeit nach der aktuellen Krise gebe wird, in der die Produktion schnell wieder hochgefahren werden müsse.

Jedem Unternehmen solle sich seiner Konsequenzen aus seinem jetzigen Verhalten für die Zeit danach bewusst sein. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch die Parlamentarier aus Bund und Land würden sich in der Zeit nach der Epidemie genau anschauen, wie sich Unternehmerinnen und Unternehmer in Zeiten der Not verhalten hätten, um daraus Konsequenzen zu ziehen. „Als Sozialdemokrat,

Gewerkschafter und Bundestagsabgeordneter werde ich mich weiterhin vehement für eine vorrübergehende Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 80 Prozent einsetzen. Die Verantwortlichen in den Unternehmen fordere ich auf, daran mitzuwirken, dass ihre Beschäftigten finanziell nicht unter der Corona-Krise leiden müssen. Darum sollten sie einen Teil der erstatteten Sozialversicherungsbeiträge an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weitergeben“, fordert Paschke.

# Schutzschirm für Sozialwirtschaft

**Leer/Papenburg/Berlin** – Der SPD-Bundestags-  
abgeordnete Markus Paschke hat sich dafür  
eingesetzt, dass auch die gemeinnützige Sozial-  
wirtschaft unter den Corona-Schutzschirm aufge-

nommen wird. „Die soziale Infrastruktur für die  
Menschen in unserem Land muss unbedingt auf-  
rechterhalten bleiben“, so Paschke.

„Soziale Dienstleister sichern wir  
finanziell ab und machen sie zu  
aktiven Partnern in der Bewältigung  
der Auswirkungen der Corona-Krise.  
Deutschland hat den großen Vorteil,  
dass seine Sozialsysteme zu den  
leistungsfähigsten der Welt gehö-  
ren“, sagt Markus Paschke.

Fachverbände für Menschen mit  
Behinderung, die BAG der Freien  
Wohlfahrt, die Sozialverbände VdK  
und SoVD, der Deutsche Verein für  
öffentliche und private Fürsorge so-  
wie die BAGS seien wichtige Träger  
unseres Gemeinwesens. Sie dürfen

derzeit wegen der Corona-Krise nur  
eingeschränkt angeboten werden.  
Deshalb hatte Markus Paschke die  
Unionsparteien aufgefordert, ihren  
Widerstand gegen die Vorschläge  
von Arbeitsminister Hubertus Heil  
(SPD) aufzugeben.

„Angebote wie zum Beispiel Schul-  
begleitung, Tagesförderung, Früh-  
förderung in Familien und vieles  
mehr sind zurzeit kaum durchführ-  
bar“, so der Abgeordnete. Wenn  
man die sozialen Dienstleister nicht  
unter den Schutzschirm genommen  
hätte, wären viele der freien und

gemeinnützigen Träger durch die  
wegbrechende Finanzierung insol-  
vent geworden.

„Das kann und darf sich unsere  
Gesellschaft nicht leisten. Deshalb  
habe ich mich dafür eingesetzt, dass  
diese Dienste und Einrichtungen in  
die Schutzschirme des Bundes und  
der Ländern mit einbezogen werden.  
Wir alle haben in unserer Region die  
Einrichtungen und deren unverzicht-  
bare Arbeit für unsere Gesellschaft,  
kennen und schätzen gelernt.“,  
erläutert Markus Paschke.

## Team Leer:

### Ernst-Ingo Lind

Wahlkreisbüro Markus Paschke MdB  
Friesenstraße 58, 26789 Leer/Ostfriesland  
Telefon 0491 / 611 60  
Mail: markus.paschke.ma03@bundestag.de  
Mail: markus.paschke.wk@bundestag.de

### Rudi Meyer

Wahlkreisbüro Markus Paschke MdB  
Friesenstraße 58, 26789 Leer/Ostfriesland  
Telefon 0176 655 92 843  
Mail: markus.paschke.ma02@bundestag.de  
Mail: markus.paschke.wk@bundestag.de

## Emsland:

### Ernst-Ingo Lind

Wahlkreisbüro Markus Paschke MdB  
Lathener Straße 15a 49716 Meppen  
Telefon 0491 / 6 11 60  
Mail: markus.paschke.wk@bundestag.de

## Team Berlin:

### Annika Brandt

Bundestagsbüro Markus Paschke MdB  
Deutscher Bundestag, 11011 Berlin  
Telefon: 030 / 227 79297  
Telefax: 030 / 227 76295  
Mail: markus.paschke@bundestag.de

### Merlin Bähr

Bundestagsbüro Markus Paschke MdB  
Deutscher Bundestag, 11011 Berlin  
Telefon: 030 / 227 79296  
Telefax: 030 / 227 76295  
Mail: markus.paschke.ma04@bundestag.de

## IMPRESSUM

### Markus Paschke MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030 / 227 792 97

**Redaktion:** Rudi Meyer

**Texte:** Rudi Meyer, Merlin Bähr, Annika Brandt

**Bilder:** Meyer, Brandt, Melde, Haar

**Layoutentwurf:** arte fakt, Schatteburg/Ostfriesland